

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

AKTUELL

Kinkel: Wir schämen uns

Der deutsche Aussenminister Klaus Kinkel hat sich vor der Menschenrechtskommission der UNO über die ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Deutschland beschämt gezeigt. Diese Ereignisse seien eine «Schande für unser Land», unterstrich er am Freitag in Genf. Niemals wieder würden Fremdenhass, Intoleranz und Menschenverachtung in Deutschland die Oberhand gewinnen, das hätten Millionen von Menschen deutlich gemacht. Rumäniens

Mit Generalstreik gedroht

Die drei grössten Gewerkschaften Rumäniens haben mit Warnstreiks und Generalstreik gedroht, falls die Regierung den bereits zugesagten Teuerungsausgleich und den Mindestlohn nicht weiter erhöht. Das berichteten am Freitag die in Bukarest erscheinenden Zeitungen.

Menschenschmuggel

Internationale Schlepperbanden schleusen immer mehr Flüchtlinge aus Südostasien durch die Ukraine nach Westeuropa. Wie die in Kiew erscheinende Zeitung «Kiewskie Wedomosti» am Freitag berichtete, fanden Zollner allein am ukrainisch-ungarischen Kontrollpunkt Tschop am 24. und 25. Februar mehr als 30 Flüchtlinge aus Sri Lanka und Pakistan.

Ein Verwaltungstrakt als Ergänzung für das Rathaus in Vaduz

Abschluss des Projektwettbewerbs für die Planung der Gemeindebauten im Bereich des Rathauses – Öffentliche Ausstellung der Projekte

(G.M.) – Für den Neubau eines Verwaltungstraktes als Ergänzung zum Rathaus Vaduz liegt das Ergebnis eines Architekturwettbewerbs vor. Am Freitag nachmittag präsentierte Bürgermeister Arthur Konrad im Rathausaal die juristischen Projekte, die von heute Samstag bis Sonntag, 14. März, täglich von 17 bis 19 Uhr besichtigt werden können. Als Gewinner aus dem Projektwettbewerb ging das Projekt «Navy» des Vaduzer Architekten René Wille hervor.

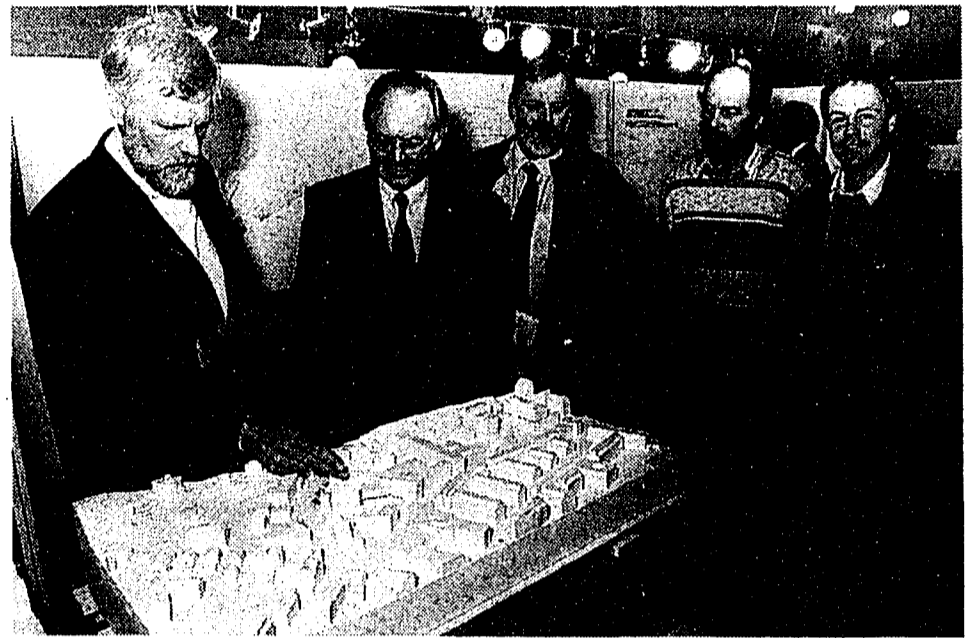
«Das Projekt überzeugt durch eine sorgfältige Reaktion auf das Rathaus und die Akzentuierung an der Aeulestrasse und hat mit dem Zwischenbaukörper eine gute Platzdefinition gefunden», befand das Preisgericht, das am Montag und Dienstag die Jurierung der zwölf eingereichten Architekturarbeiten vorgenommen hatte. Der Projektwettbewerb orientierte sich an den Vorgaben des Ideenwettbewerbs für das Städtle Vaduz, der vor ziemlich genau zwei Jahren seinen Abschluss gefunden hat. Das Projekt «Toro» des Architekten Hubert Ospelt erhielt damals den Zuschlag und bildete für den jetzigen Projektwettbewerb die Leitlinie.

Erweiterungsbauten

Innerhalb dieser Vorgaben bestand die Aufgabe für die Architekten darin, ein Projekt zu verfassen, das einen Erweiterungsbau für das Rathaus umfasst, gleichzeitig eine Verbindung zwischen

dem bestehenden Rathaus und der geplanten Erweiterung herstellt sowie Vorschläge unterbreitet für die Gestaltung des oberen und unteren Rathausplatzes, die nicht auf der gleichen Höhe liegen. Das Preisgericht befand das Projekt «Navy» des Architekten René Wille als beste Lösung und empfiehlt bei der Weiterbearbeitung, die Freizeit- und Kulturnutzungen mit der Verwaltung zu tauschen. Der Freizeit- und Kulturbereich wird nach diesem Vorschlag vom Städtle her erschlossen, das längerfristig als verkehrsfreie Zone geplant ist, während der Verwaltungsbereich in erster Linie von der Aeulestrasse her zugänglich gemacht wird, wo sich in Zukunft der Verkehr in beiden Fahrrichtungen abwickeln soll.

Der Gemeinde Vaduz liegen nun verschiedene Projekte vor, die aus Ideen- und Projektwettbewerben entstanden sind, so dass es nach den Worten von Bürgermeister Arthur Konrad darum geht, Prioritäten zu setzen. Die Abstimmung über das neue Pfarreihem sowie über die Sanierung des Vaduzer Saales soll noch in der ersten Jahreshälfte stattfinden. Das Ergebnis des Volksvotums über das Pfarreihem ist deshalb für die weitere Planung wichtig, weil bei einer allfälligen Ablehnung dieses Projektes verschiedene Räumlichkeiten für die Kultur- und Freizeinutzung eventuell im Projekt für die Erweiterung des Rathauses untergebracht werden können.



Erläuterungen zum Projekt «Navy» des Vaduzer Architekten René Wille, das von der Wettbewerbsjury zur Weiterbearbeitung empfohlen wurde. Von links Architekt Claude Ruedin, Bürgermeister Arthur Konrad, Gemeinderat Hans Lorenz, Bauführer Erich Marxer und Vizebürgermeister Moritz Gassner. (Bild: Alfons Kieber)

Kein Zusammenhang mit Regierungsviertel

An der Presseorientierung am Freitag nachmittag erklärte Bürgermeister Arthur Konrad auf eine entsprechende Frage, dass sich die Verwirklichung der Projekte auch nach der Finanzplanung richten müsse. Mit der Realisierung des Regierungsviertels, über dessen Schicksal an diesem Wochenende entschieden

wird, haben die Projekte der Gemeinde Vaduz jedoch keinen Zusammenhang.

Das Projekt Rathaus folgt vielmehr der etappenweisen Vervollständigung des Ideenwettbewerbs Städtle, der für diesen Bereich eine städtebauliche Gesamtkonzeption vorsieht.

Mehr über den Projektwettbewerb auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

Konkretisierung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker

Die Initiative von Fürst Hans-Adam II. vor der UNO kommt in eine konkrete Phase – Informelles UNO-Expertentreffen in Vaduz

(G.M.) – Fürst Hans-Adam II. unterbreitete vor zwei Jahren in seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung den Vorschlag, eine Selbstbestimmungskonvention für die Völker zu schaffen. Dieser Anstoss kommt nun in eine erste Phase der konkreten Verwirklichung, denn vom 16. bis 18. März treffen sich in Vaduz UNO-Experten zu einer Konferenz. Aufgrund dieses Treffens wird die Regierung voraussichtlich in der UNO-Generalversammlung im kommenden Herbst die entsprechenden Vorschläge unterbreiten, die möglicherweise in eine UNO-Konvention münden werden.

Als Regierungschef Hans Brunhart im vergangenen Herbst vor der UNO-Generalversammlung sprach, konnte er auf das Interesse verschiedener Staaten zur Schaffung einer Selbstbestimmungskonvention hinweisen. «Liechtenstein ist vor diesem Hintergrund der Auffassung», erklärte der Regierungschef, «dass die internationale Gemeinschaft über die Generalversammlung Schritte unternehmen sollte, um dem Recht auf Selbstbestimmung grössere Wirksamkeit zu verleihen und dadurch zur Vermeidung künftiger Konflikte beizutragen. Unse-

rer Überzeugung nach ist nunmehr die Zeit gekommen, dass die internationale Gemeinschaft durch die Vereinten Nationen eine realistische Richtung weist, indem sie einen praktischen Rahmen schafft, innerhalb dessen Volksgruppen ihrer besonderen Wesensart Ausdruck verschaffen können.»

An der letztjährigen UNO-Generalversammlung übergab die Regierung an alle UNO-Mitgliedstaaten sowie an alle Staaten mit Beobachterstatus bei der UNO eine Einladung zu einem informellen Expertentreffen in Vaduz. Die Experten erhielten den Auftrag, an der Weiterentwicklung des Selbstbestimmungsvorschlags von Fürst Hans-Adam II. mitzuhelfen. «Wir hoffen», gab Regierungschef Brunhart in seiner Rede zu verstehen, «dass die an dem Treffen teilnehmenden Experten in der Lage sein werden, uns bei der Weiterentwicklung der ursprünglich von Fürst Hans-Adam II. anlässlich der 46. Session der Generalversammlung zum Ausdruck gebrachten Vorstellungen zu helfen. Wir gehen davon aus, dass die benannten Experten in persönlicher Eigenschaft an dem Tref-

fen teilnehmen, da wir der Auffassung sind, dass Verfahren, durch die eine Verpflichtung der Regierungen vermieden wird, einer konstruktiven und sachverständigen Diskussion eher förderlich sind.»

Interesse der UNO

Die Initiative des Landesfürsten stiess bei der UNO auf grosses Interesse. Der damalige UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar erklärte, dass die Frage der Selbstbestimmung «für die Bemühungen der Vereinten Nationen im Hinblick auf die Bewältigung dieses vielschichtigen Problemkomplexes von besonderem Interesse» sein dürfte. Auch Günther Unger, der in der neuesten Auflage seines Standardwerkes «Die UNO – Aufgaben und Strukturen der Vereinten Nationen» dem Fürstentum Liechtenstein ein besonderes Kapitel widmete, vermerkt die Initiative von Fürst Hans-Adam II. und schreibt in diesem Zusammenhang von einem «beachtenswerten Akzent» im Hinblick auf die Profilierung des Landes: «Vor dem Hintergrund einer Renaissance des Selbstbestimmungsrechtes in vielen Teilen der Welt, das bereits

zum Auseinanderbrechen einer Reihe etablierter Staaten führte und die Weltorganisation und ihre Mitglieder vor mancherlei Probleme stellt, schlug er die Ausarbeitung einer Selbstbestimmungskonvention vor. Darin sollte dezidiert festgelegt werden, wie die von den meisten UN-Mitgliedstaaten akzeptierte «Theorie zur Selbstbestimmung ... in der Praxis anzuwenden ist.»

Stufen der Autonomie

Für Fürst Hans-Adam II. sollte diese Selbstbestimmungskonvention in der Art der Europäischen Menschenrechtskonvention ausgearbeitet werden. Das Recht auf Selbstbestimmung hätten nach seinem Vorschlag Gebilde mit einer relativ geringen Mindestgrösse, was nach seiner Auffassung zur Dezentralisierung statt zum Auseinanderbrechen der bestehenden Staaten führen würde, da für kleinere Gruppen- und Gebiete die Unabhängigkeit nicht immer die beste Lösung darstelle. Vor dem Eintreten in die Unabhängigkeit sollten gemäss dem Vorschlag des Fürsten die Regionen drei Stufen der Autonomie durchlaufen.

Folgeprogramm gut aufgenommen

Bern (AP) Die Wirtschaftskommission des Ständerats hat das vom Bundesrat nach der EWR-Absage vorgelegte Folgeprogramm mit Genugtuung aufgenommen. Sie werde ihre Position in der dritten Woche der laufenden Session dem Plenum kurz erläutern, teilte sie am Freitag mit.

Die von Riccardo Jagmetti (FDP/ZH) präsidierte Kommission stimmte der Wiederaufnahme von Eurolex-Vorlagen zu und genehmigte drei Erlasse ohne Änderungen: Die Anpassungen im Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, im Zollgesetz und im Gesetz über die Ein- und Ausfuhr von Agrarprodukten. Mit zwei Änderungsanträgen hiess sie auch das Bundesgesetz über den Konsumkredit gut. Demnach soll der Bundesrat die Kompetenz erhalten, die Limiten von 350 Franken und 40 000 Franken von Kleinkrediten, für die das Gesetz gilt, den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. In einem neuen Artikel soll präzisiert werden, dass der Bund die Kleinkreditverträge abschliessend regelt, womit die kantonale Zuständigkeit erlischt. Der Ständerat befasst sich als Erstrat in der dritten Sessionswoche mit dem Folgeprogramm.

Verdichteter Busverkehr auch im Vorarlberger Rheintal

Der neue Bus-Taktverkehr soll nach einer Versuchsphase auch nach Liechtenstein ausgeweitet werden

(maw) – Mit dem Angebot eines attraktiven verdichteten Busliniensystems wollen 19 Gemeinden von Hohenems bis Frastanz ihre Bürger zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel animieren. Dieser verdichtete öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) soll nach einem Versuchsstadium in etwa einem Jahr auch über die Grenze in die Schweiz und nach Liechtenstein ausgeweitet werden.

Ab 20. März wird der Buslinienverkehr im oberen Rheintal in 19 Gemeinden von Hohenems bis Frastanz inklusive Feldkirch und der Hanggemeinde Fraxern und Obersaxen neu geordnet und wesentliche Verbesserungen im öffentlichen Verkehr bringen. Dazu wurde der «Gemeindeverband Oberes Rheintal» für den öffentlichen Personennahverkehr ÖPNV gegründet, der am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in

Bregenz vorgestellt wurde. Der Obmann dieses Verbandes, Bürgermeister Josef Mathis aus Zwischenwasser, rief zum Verzicht auf den Pkw auf. Mit dem Bus-system sollte dies leichter fallen, meint er. Der Gemeindeverband Oberes Rheintal umfasst 19 Gemeinden mit insgesamt 100 000 Einwohnern. Der Verband hat die Aufgabe, die laufenden Anpassungen und die Weiterentwicklung öffentlicher Verkehrsangebote der Region zu koordinieren. Nach dem Unteren Rheintal ist dies die zweite Region in Vorarlberg, in der sich die Gemeinden zur Bildung eines solchen Gemeindeverbandes entschlossen haben.

Vorbildhaft für ganz Österreich

Vorarlberg nehme österreichweit eine Vorreiterrolle beim flächendeckenden Angebot des öffentlichen Personennah-

verkehrs (ÖPNV) ein, sagte Landesstatthalter Dr. Herbert Sausgruber. Ab 20. März wird neben dem gelben «Landbus» für die Region das öffentliche Verkehrsangebot in Feldkirch mit dem neuen gelben Niederflur-Stadtbuss nach dem Vorbild des roten Dornbirner Stadtbusses verbessert.

Neues Angebot auch für Werksverkehr

Die Talgemeinden werden von Hohenems über Feldkirch nach Frastanz durch Buslinien verbunden. Auf diesen Linien werden mit Ausnahme der Linie von Mäder nach Meiningen und Brederis, die sich sehr stark an den Betriebszeiten der Firmen in Brederis orientiert, an Wochentagen 12 bis 16 Kurspaare verkehren. Mit dem neuen Angebot soll auch der Werksverkehr einzelner Betrie-

be erfasst werden. Das wird zum Teil mit neuen Niederflurbussen der Post und privater Unternehmen fast verdoppelt. Die erwarteten jährlichen Kosten betragen rund 20 Millionen Schilling. Kostenträger sind die Gemeinden, die vom Land entsprechend den Richtlinien zur Förderung öffentlicher Personennahverkehr-Vorhaben eine teilweise Abgeltung erhalten.

Weitere Verdichtungen

Neben dem seit dem Vorjahr bestehenden «Rheintakt» im unteren Rheintal und dem bevorstehenden «Vorderlandtakt» sollen ÖPNV-Verdichtungen in weiteren Regionen des Landes sowie über die Grenze in die Schweiz und nach Liechtenstein folgen, erklärte Landesstatthalter Sausgruber. Der Zeitpunkt ist noch nicht bestimmt.

RENOMMIERTESTEN
SCHWEIZER MARKENUHREN

ZWANZIG JAHRE WELTWEIT

huber
Schmid, Ulmen, Ulmen

EBEL
les architectes du temps